

Entwurf Operationelles Programm EFRE NRW – Vortrag Herr Dr. Roth-Harting, Wirtschaftsministerium NRW vom 27.11.2013

Ziel des Programms ist die Förderung von Wachstum und Beschäftigung, es ist das größte wirtschafts- und strukturpolitische Programm des Landes NRW mit einem Finanzvolumen in Höhe von 1,21 Mrd. € über die Jahre 2014 – 2020 (pro Jahr 340 Mio. €). An der Gestaltung des Programms sind acht Ministerien beteiligt. Das OP ist ein Vertrag mit der Europäischen Kommission mit einer Festlegung der möglichen Förderungen über 7 Jahre (welche Art von Förderung an wen, Auswahlkriterien und Kontrolle), es könne daher nur gefördert werden, was auch im OP festgeschrieben sei.

Leitplanken:

- Umsetzung der Ziele der Lissabon-Strategie steht im Mittelpunkt
- Ziele und Vorgaben in den Strukturfonds-Verordnungen (Beschlüsse im Dezember 2013)
- Konzentration auf Ziele und Maßnahmen (Förderung von großen Projekten)
- Ergebnisorientierung: Projekte müssen Begründung für Notwendigkeit der Förderung geben, messbare Ziele haben und Erfolg nachweisen können
- Programm für ganz NRW, d.h. keine Konzentration auf strukturschwache Regionen, es gilt die Bestenauswahl (Wettbewerbe und Projektaufrufe)
- Umsetzung zusammen mit den Kommunen und Regionen
- Integrierter Einsatz der drei Europäischen Fonds (EFRE, ESF und ELER), d.h. Verzahnung der Vorhaben und der Finanzierung

Beteiligung der Kommunen an Umsetzung EFRE OP NRW

- Kommunen können sich aktiv an der Umsetzung beteiligen, insbesondere im Rahmen der 4. Achse, Ziel 1 „wirtschaftliche und ökologische Revitalisierung“.
- Voraussetzung hierfür ist die Erarbeitung eines „Integrierten Handlungskonzepts“, das über alle vier Prioritätsachsen die Schwerpunktthemen der Gebietskörperschaft erläutert und jeweils Projekte für die einzelnen Themen benennt. Inhalt und Umfang dieser Handlungskonzepte stünden noch nicht fest. Das Wirtschaftsministerium NRW werde die Vorgaben für die Erarbeitung des Handlungskonzepts wie auch andere Fragen in der kommenden Zeit gemeinsam mit den Kommunen und Regionen abstimmen. Herr Dr. Roth-Harting wies in diesem Zusammenhang auf die positiven Erfahrungen des Wirtschaftsministeriums bei der Kooperation mit den Kommunen

und Städten/Regionen hin, man wolle daher alle notwendigen Verfahrensschritte gemeinsam mit diesen vorab besprechen.

- Wettbewerbsverfahren vorrangig für Auswahl von Projekten

Schwerpunkte des OP:

1. Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation (40 % der Finanzmittel)
2. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU (15 % der Finanzmittel)
3. Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen (25 % der Finanzmittel)
4. Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung (20 % der Finanzmittel)

Voraussetzung für die Bewilligung des OP im Bereich Innovation und Forschung und damit für die Bewilligung entsprechender Projekte unter der Achse 4 sei die Erarbeitung einer Innovationsstrategie, die das Land in den Leitlinien bereits fertiggestellt habe, der Beschluss solle im Januar 2014 folgen.

Bei der **KMU-Förderung** werde ein Schwerpunkt auf die Förderung von innovativen, wachstumsstarken (Aus)Gründungen gelegt, die Unterstützung bestehender KMU solle bei den Themen Internationalisierung, Fachkräfteberatung erfolgen, weiteres Fördergebiet sei die Modernisierung von Weiterbildungszentren, der Bereich Tourismus können nur gefördert werden, wenn es sich um Projekte in den Bereichen Infrastruktur und Dienstleistung handele.

Unter der Achse 3 (Klimaschutz) gehe es um Projekte zwischen allen Akteuren in den Bereichen Speicherung, Netzstabilität, Energiesicherheit und Energieeffizienz, integrierte Klimaschutzkonzepte und dezentrale Kraftwärmekopplung, bei den Kommunen um die Förderung und Umsetzung integrierter Klimaschutzkonzepte.

Prioritätsachse 4 „Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung

Im Rahmen dieser Achse werde es mehrere Aufrufe an Städte und Regionen geben (werden rechtzeitig bekanntgegeben) mit dem Handlungsschwerpunkt Quartiere mit Handlungsbedarf, hier gehe es um Themen wie ökologische Revitalisierung von Stadt/Umlandgebieten mit Schwerpunkt der Prävention. Im Rahmen dieser Projekte werde es zwingend eine Bürgerbeteiligung geben und zu einem kombinierten Einsatz von EFRE und ESF kommen.

Die Ausschreibung werde auf der Grundlage vorher festgelegter Indikatoren erfolgen (werden zurzeit im Ministerium besprochen) und sich an Regionen mit eigener Gebietskulisse richten. In diesem Zusammenhang betonte Herr Dr. Roth-Harting ausdrücklich, dass sich die Kommunen und Städte selbst zusammenfinden müssten, das Wirtschaftsministerium werde keine geographischen oder thematischen Vorgaben machen.

Vereinfachung

Hierzu sei bereits im Sommer d.J. ein Kabinettsbeschluss erfolgt. Wie angekündigt werde es zukünftig nur noch 10 zwischengeschaltete bzw. bewilligende Behörden geben, darunter die fünf Bezirksregierungen (Dezernat 34) und der Projektträger Jülich, der für alle acht Leitmärkte zuständig sein werde. Im Rahmen der Leitmärkte werde es keine Beteiligung von Kommunen und Regionen geben, diese wendeten sich an Unternehmen und Universitäten. Im kommenden Jahr werde eine EFRE-Rahmenrichtlinie sämtliche Antrags- und Fördervoraussetzungen festlegen. In diesem Zusammenhang weist Herr Dr. Roth-Harting darauf hin, dass die Ansprüche an die Qualität der Projekte, an Ziele und Ergebnisse deutlich höher liegen werden als in der vergangenen Förderperiode.

Pauschalen: u.a. vier für die Personalkosten (15% davon werden als Gemeinkosten angerechnet), Belege müssten nicht mehr eingereicht werden. Unternehmen, die mit 50 % Finanzmittel an einem Projekt beteiligt seien, könnten zukünftig ein vereinfachtes Vergabeverfahren anwenden.

Zeitplan: Ende November d.J. werde das OP fertiggestellt und dann mit allen betroffenen Ministerien abgestimmt. Die Einreichung des OP bei der Europäischen Kommission sei erst möglich, wenn auch die Partnerschaftsvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission fertiggestellt sei, mit einer Genehmigung des OP rechne die Landesregierung daher erst im Sommer/Herbst 2014. Bis dahin würden parallel alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen, u.a. ein Abstimmungsdiallog mit den Kommunen und Regionen (u.a. Integrierte Handlungskonzepte, Wettbewerbe und Zeitplan). Das Ziel 2-Sekretariat werde neu ausgeschrieben.

Ruth Harte
Leiterin Europabüro Rhein-Kreis Neuss/
Europe Direct Informationszentrum Mittl. Niederrhein